



STELLUNGNAHME zum Änderungsantrag	Vorlage Nr.:	2019/0495
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion	Verantwortlich:	Dez. 6
Flächennutzungsplan 2030 im Nachbarschaftsverband: Keine neuen Gewerbegebiete Knielingen West		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	14.05.2019	24	x	

Kurzfassung

Die Stadt Karlsruhe hat im aktuellen Entwurf des Flächennutzungsplanes 2030 bei gewerblichen Bauflächen bereits eine Unterdeckelung von etwa elf Hektar. Die beiden bereits im FNP 2010 vorhandenen Flächen in Karlsruhe Knielingen (Knielingen West I und II) haben eine Größe von rund 56 Hektar. Sie können die aktuellen qualitativen Anforderungen an einen Gewerbebestandort zwar nicht vollständig bedienen, da eine Entwicklung weder als Bürostandort noch als urbaner Standort in Frage kommt. Als klassischer gewerblicher Standort könnte die Fläche jedoch Potenzial haben. Da für die Stadt Karlsruhe aber keine besser geeigneten Flächen gefunden wurden, werden sie in der Flächenkulisse des FNP 2030 beibehalten. Sollten sich im Zuge zukünftiger Entwicklungen geeignetere Flächen ergeben, könnte ein Tausch geprüft werden. Insbesondere im Rahmen von Entwicklungen interkommunaler Gewerbegebiete könnte dies für die Stadt Karlsruhe noch wichtig werden.

Die Verwaltung rät dazu, die beiden Flächen im Entwurf des Flächennutzungsplanes 2030 zu belassen, um einen eventuellen Tausch zu späterer Zeit zu ermöglichen. Sollten die Flächen aus dem FNP herausgenommen werden, besteht die Gefahr, dass der Bedarf für die Stadt Karlsruhe langfristig unterdeckelt bleibt.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeeinsparungen)	
Ja ☐ Nein ☒				
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja ☐ Nein ☐ Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: ☐ Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) ☐ Umschichtungen innerhalb des Dezernates ☐ Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu				
IQ-relevant	x	Nein	Ja	Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	x	Nein	Ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	x	Nein	Ja	abgestimmt mit